

Beispiele zur Öffentlichkeitsbeteiligung in Österreich



April 2008

Inhaltsverzeichnis

1 Nationaler Aktionsplan für die Rechte von Kindern und Jugendlichen	3
2 Strategische Umweltprüfung (SUP) zum Wiener Abfallwirtschaftskonzept 2007.....	4
3 Kundenforen an der Bezirkshauptmannschaft Rohrbach.....	5
4 Kinder in die Mitte.....	6
5 Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling.....	7
6 Der Wald geht uns alle an! Der österreichische Walddialog.....	8
7 Verschiedene Herkunft – Gemeinsame Zukunft: Das Integrationsleitbild der Stadt Krems.....	9
8 Evaluierung des Vorarlberger Jagdgesetzes.....	10

1 Nationaler Aktionsplan für die Rechte von Kindern und Jugendlichen

(Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz)



Ziel: Der UN-Weltkindergipfel (UNGASS) hat 2002 einen Action Plan beschlossen, in dem sich die Vertragsstaaten verpflichteten, bis Ende 2003 einen nationalen Aktionsplan zur weiteren Umsetzung der Kinderrechtskonvention zu erstellen (s. www.yap.at).

Beteiligte: organisierte Öffentlichkeit (NGOs); breite Öffentlichkeit (im Beteiligungsprozess für und mit Kindern und Jugendlichen)

Meilensteine im Beteiligungsprozess waren:

- Ministerratsbeschluss zu Beginn des Prozesses und am Ende des Prozesses, in dem der Nationale Aktionsplan für die Rechte von Kindern und Jugendlichen angenommen und dem Parlament übergeben wurde
- NGO-Arbeitskreise zu den Themen "Partizipationsrechte", "Versorgungsrechte", "Schutzrechte und kinderrechtliche Grundsatzfragen"
- Beteiligung zahlreicher Kinder und Jugendlicher durch Information, Gruppendiskussionen und Befragungen

Erfolge:

- Hervorzuheben ist die Zahl der Beteiligten: ca. 120 Institutionen, 20.000 bis 25.000 Kinder und Jugendliche.
- Die NGO-Arbeitskreise legten zahlreiche Ideen vor.
- Die Kinder und Jugendlichen erarbeiteten ein gut strukturiertes Ergebnis mit konstruktiven Vorschlägen.

2 Strategische Umweltprüfung (SUP) zum Wiener Abfallwirtschaftskonzept 2007

(Stadt Wien)



Ziel des Beteiligungsprozesses war die Aktualisierung des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes 2007. Mit der dazu durchgeführten Strategischen Umweltprüfung (SUP) sollten Umweltaspekte gleichrangig wie soziale und wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden (s. www.wien.gv.at/ma48/).

Beteiligte: betroffene Magistratsabteilungen der Stadt Wien, Fernwärme Wien, Wiener Umweltschutz, Umwelt-NGOs, externe Abfallwirtschaftsexperten; weitere interessierte Interessengruppen und Verwaltungsabteilungen aus Wien und Niederösterreich; interessierte BürgerInnen

Meilensteine im Beteiligungsprozess:

- Gemeinsame Erarbeitung des Entwurfs zum Wiener Abfallwirtschaftskonzept 2007 und Durchführung der Strategischen Umweltprüfung (SUP) am "runden Tisch" mit den hauptbetroffenen Magistratsabteilungen, Umwelt-NGOs und externen Experten (SUP-Team)
- Konsultation weiterer Interessengruppen und Verwaltungsabteilungen aus Wien und Niederösterreich zu ersten Zwischenergebnissen in einem Feedback-Workshop
- Öffentliche Auflage des Entwurfs zum Wiener Abfallwirtschaftskonzept 2007 und des Umweltberichts zur Stellungnahme für die breite Öffentlichkeit
- Beschluss des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes 2007 durch die Wiener Landesregierung

Erfolge:

- Das SUP-Team fand Konsens zum Entwurf des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes 2007 und gab eine gemeinsam getragene fachliche Empfehlung für die politischen EntscheidungsträgerInnen ab.
- Die Wiener Landesregierung berücksichtige die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses beim Beschluss des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes 2007 vollinhaltlich.
- Alle eingebrachten Stellungnahmen und die Art und Weise ihrer Berücksichtigung sind im Umweltbericht nachvollziehbar dokumentiert.

3 Kundenforen an der Bezirkshauptmannschaft Rohrbach

(Bezirkshauptmannschaft Rohrbach)



Ziel des Beteiligungsprozesses war die Verkürzung der Verfahrensabläufe sowie die Verbesserung der Kommunikation und der Verständlichkeit von behördlichen Entscheidungen.

Beteiligte: Kammern; Betriebe; Berufsgruppen; BürgerInnen bzw. KundInnen der Bezirkshauptmannschaft Rohrbach

Meilensteine im Beteiligungsprozess waren:

- Befragung der KundInnen der Bezirkshauptmannschaft mit Fragebögen
- Thematische KundInnenforen mit ÄrztInnen, TierärztInnen, Fahrschulen, Versicherungen, Industrie/Gewerbe/Betrieben etc. (15-30 Personen, ein bis zweimal jährlich)
- Regionalforum mit Kammern, Land OÖ, AMS und Gemeinden
- behördeninterne Workshops

Erfolge:

- Die Kommunikation zwischen den KundInnen (BürgerInnen) und der Verwaltung konnte verbessert werden.
- Die Behördenentscheidungen wurden transparenter.
- Die Verfahrensabläufe konnten verkürzt werden.
- Übertragung von Behördenkompetenzen, damit gemeindeübergreifende Betriebsansiedlungen geplant werden können

4 Kinder in die Mitte

(Land Vorarlberg)



Ziel des Beteiligungsprozesses war es Maßnahmvorschläge zu entwickeln, um Vorarlberg noch kinderfreundlicher zu machen (s. www.vorarlberg.at/zukunft).

Beteiligte: Kinder bzw. Jugendliche im Alter zwischen 10 und 15 Jahren aus einer ländlichen Region (Bregenzerwald) und einem urbanen Raum (Dornbirn und Umgebung); "Erwachsene" (über 17 Jahre alt) regional gleichmäßig verteilt; Landespolitik; Fachinstitutionen/Interessenvertretungen

Meilensteine im Beteiligungsprozess waren:

- Vor Beginn der Beteiligung wurden Informationsveranstaltungen durchgeführt, in denen die TeilnehmerInnen über die Abläufe informiert wurden
- Zukunftswerkstätten für Kinder und Jugendliche, bei denen sie kritisieren, fantasieren und Vorschläge erarbeiten konnten (51 TeilnehmerInnen)
- Planungszellen für Erwachsene, die mit der Erstellung eines BürgerInnengutachtens endeten (75 TeilnehmerInnen)
- Open space-Veranstaltung für Fachleute und InteressenvertreterInnen
- Übergabe des BürgerInnengutachtens an die Vorarlberger Landesregierung

Erfolge:

- Die beteiligten Kinder und Jugendlichen konnten ihre Vorschläge aufgrund des Feedbacks von ExpertInnen präzisieren.
- Die beteiligten Erwachsenen formulierten ihre Vorschläge sehr umsetzungsorientiert.
- Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse wurde im Sozialressort des Amtes der Vorarlberger Landesregierung eine Stelle für die Koordination der Umsetzung der Maßnahmen geschaffen.

5 Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling

(Bundespolizeidirektion Wien)



Ziel des Beteiligungsprozesses war mehr Sicherheit und Kriminalprävention durch gemeinschaftliche soziale Handlungsweisen in Oberdöbling zu erreichen.

Beteiligte: interessierte BürgerInnen und Gewerbetreibende des Stadtteils Oberdöbling, Polizisten des Polizeikommandos Döbling

Meilensteine im Beteiligungsprozess waren:

- Zivildienstler und Polizisten verteilten Flugblätter an die Haushalte und suchten den direkten Kontakt mit der Bevölkerung.
- Interessierte BürgerInnen und Gewerbetreibende bildeten 6 bis 8-köpfige Arbeitsgruppen, um Bedürfnisse und Wünsche zu definieren und Lösungen für Probleme zu erarbeiten (ca. 30 TeilnehmerInnen).

Erfolge:

- Interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Polizei und Fonds Soziales Wien.
- Die persönlichen Kontakte zwischen Polizisten und BürgerInnen wurden vervielfacht.
- Die Selbstorganisation der BürgerInnen beginnt (Stichwort Hundeproblem, Verkehr etc.), Verwaltungseinsparungen sind spürbar.

6 Der Wald geht uns alle an! Der österreichische Walddialog

(Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)



Ziel des Beteiligungsprozesses war die Erarbeitung des ersten Österreichischen Waldprogramms mit allen Wald-relevanten Stakeholdern zur vorausschauenden Regelung von Interessenkonflikten und der besseren Koordinierung der Aktivitäten mit Bezug zum Wald (s. www.walddialog.at).

Beteiligte: umwelt- und waldbezogene NGOs, Kammern, VertreterInnen der Verwaltung auf Bundes- und Landesebene, VertreterInnen der politischen Parteien, interessierte BürgerInnen

Meilensteine im Beteiligungsprozess waren:

- Auftaktveranstaltung mit über 250 TeilnehmerInnen
- Ist-Zustands-, Trend- und Problemanalyse zum österreichischen Wald
- Erarbeitung des Österreichischen Waldprogramms mit gemeinsamen Prinzipien, Zielen und Maßnahmenbereichen in Facharbeitsgruppen und Workshops
- Fortsetzung des Walddialogs zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Maßnahmen, die im Arbeitsprogramm festgehalten sind

Erfolge:

- Annahme des ersten Österreichischen Waldprogramms durch den "Runden Tisch", zu dem alle relevanten politischen und fachlichen EntscheidungsträgerInnen geladen sind (Vorsitz: Lebensminister)
- Über 80 walddrelevante, bundesweit organisierte Institutionen und Organisationen nahmen am Walddialog teil
- Kontinuierliche Information über den Walddialog-Newsletter

7 Verschiedene Herkunft – Gemeinsame Zukunft: Das Integrationsleitbild der Stadt Krems

(Stadt Krems)



Ziel des Beteiligungsprozesses war die gemeinsame Entwicklung eines Integrationsleitbildes mit einem Maßnahmenkatalog für die Stadt Krems (s. www.krems.gv.at/gemeindeamt/download/Leitbild/Version211103.pdf).

Beteiligte: BürgerInnen aus Krems; VertreterInnen politischer Parteien, der Stadtverwaltung, der Sozialpartner sowie sozialer Einrichtungen und Vereine

Meilensteine im Beteiligungsprozess waren:

- Startschuss durch einen Gemeinderatsbeschluss der Stadt Krems
- Präsentation der Analyse zur Ist-Situation der Zugewanderten in Krems bei einer öffentlichen Auftaktveranstaltung, bei der alle Interessierten zur Mitarbeit am Integrationsleitbild eingeladen wurden
- Erarbeitung von Maßnahmen in den Bereichen Verwaltung, Bildung, Kultur, Gesundheit und Arbeitswelt in sechs Arbeitsgruppen (insgesamt etwa 100 TeilnehmerInnen)
- Zusammenstellung der Maßnahmen zum Integrationsleitbild Krems

Erfolge:

- Beschluss des Integrationsleitbildes im Kremser Gemeinderat mit den Stimmen aller politischen Parteien
- Einrichtung einer Fachstelle für Integration in der Stadt Krems
- Durchführung eines 3-semesterigen Lehrgangs zur interkulturellen Pädagogik
- Aufbau eines Dolmetschsystems im Krankenhaus

8 Evaluierung des Vorarlberger Jagdgesetzes

(Land Vorarlberg)



Ziel des Beteiligungsprozesses war, das 1988 umfassend novellierte Vorarlberger Jagdgesetz auf seine Wirksamkeit zu prüfen (s. www.vorarlberg.at/pdf/evaluierungdesjagdgesetz1.pdf).

Beteiligte: Landespolitik; Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung; Naturschutzanwaltschaft für Vorarlberg; Tourismus-Landesverband; Landwirtschaftskammer; Vorarlberger Jägerschaft; Vorarlberger Waldverein; Vorarlberger Jagdschutzorgane, Vorarlberger Forstschutzorgane; Bezirkshauptmannschaften, interessierte BürgerInnen

Meilensteine im Beteiligungsprozess waren:

- ExpertInnenbefragung (300 – 400 Personen) und Abgrenzung der Themen für die Arbeitsgruppen durch den Lenkungsausschuss
- Nominierung von VertreterInnen aus den Interessengruppen für die vier Arbeitsgruppen
- Arbeitsgruppen und ergänzende Exkursionen unter Einbindung lokal Betroffener und lokaler ExpertInnen
- Rückkopplung der InteressenvertreterInnen mit ihrer jeweiligen Herkunftsorganisation
- Zusammenfassung der Vorschläge und Anregungen in einem Endbericht

Erfolge:

- Zahlreiche Verwaltungsebenen waren im Beteiligungsprozess involviert: Land, Bezirke, Gemeinden, Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Naturschutzanwaltschaft für Vorarlberg.
- Auf Basis der Evaluierung wurde die Novellierung des Vorarlberger Jagdgesetzes eingeleitet.



BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH

IMPRESSUM:

Medieninhaber und Herausgeber:

Bundeskanzleramt und Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Zusammenstellung der Praxisbeispiele:

Felix Heckl (Umweltbundesamt) und Kerstin Arbter (Büro Arbter)

Projektleitung:

Rita Trattnigg (Lebensministerium) und Elisabeth Dearing (Bundeskanzleramt)

Copyright: Bundeskanzleramt und Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Alle Rechte vorbehalten

Unter Angabe der Quelle ist eine Verwendung zulässig.

April 2008